

## Rettungsschirm für Kommunen

### Sozialdemokraten stehen an der Seite der Städte und Gemeinden

**D**iese Woche schien in Berlin seit Wochen endlich mal wieder die Sonne. Allerdings galt dies auch nur für die meteorologische Sicht der Dinge. Im politischen Berlin verdunkelten sich die Wolken im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen. Neben anderen Brennpunkten, bot insbesondere die Finanzlage der Kommunen politischen Zündstoff. Die Städte und Gemeinden sind in der schärfsten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Sie haben die desaströse Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb auszubaden. In vielen Gemeinden und Städten müssen öffentliche Einrichtungen geschlossen, Eintrittspreise und Gebühren erhöht oder Investitionen in Straßen und Umwelt gestoppt werden.

Deshalb haben wir in der Haushaltswoche des Bundestages zu einer kommunalpolitischen Konferenz eingeladen. Gemeinsam mit den Vertretern der Kommunen diskutierten wir die aktuellen drängenden Sorgen und besprachen Lösungsansätze.

Ein ganz wichtiger Punkt dabei ist, dass wir zusammen mit den Kommunen verhindern müssen, dass die Regierung mit ihren Plänen zur Reform der Gewerbesteuer nicht durchkommen darf. Eine elementare Finanzsäule der Gemeinden würde wegbrechen. Dann gehen im wahrsten Sinne des Wortes die Lichter aus. Damit die Kommunen am Ende dieses Tunnels der Wirtschaftskrise Licht aber sehen können, brauchen wir als Soforthilfe die volle Kompensation der durch Schwarz-Gelb verursachten Steuerausfälle und 400 Millionen Euro mehr Bundesbeteiligung

an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose. Gleichzeitig muss die interkommunale Zusammenarbeit rechtlich erleichtert werden, damit sich die Gemeinden gegenseitig helfen können. Die Formel „Privat vor Staat“ hat die politische Debatte seit Jahren dominiert. Wie wir jetzt sehen, muss diese Formel umgedreht werden. Privatisierungen von Einrichtungen und Serviceleistungen haben in vielen kommunalen Bereichen zu schlechter Qualität, Unsicherheit bei den Bürgerinnen und Bürgern und nicht zuletzt schlechten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten geführt.

Diese und andere Forderungen werden wir noch Ende März in den Bundestag einbringen. Ich werde mich dazu mit Vertretern unserer Region Helmstedt-Wolfsburg zusammensetzen, um zu diskutieren, wie am besten konkret geholfen werden kann. Die Kommunen, die Kernzellen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, dürfen nicht weiter ausgeblutet werden. Das werden wir nicht zulassen.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
mit Tatkraft und soliden politischen Konzepten starten wir in die warme Jahreszeit, um den schwarz-gelben Winterschlaf zu beenden. Ich wünsche Euch einen schönen Frühlingsanfang aus Berlin.

Euer  
Achim Barchmann



## Soziale Stadt in Westhagen

Rückbau alleine reicht nicht

Seit Jahren verschlechtert sich der Zustand der Wohnblocks in der Dessauerstraße in Westhagen zusehends. Leerstand, Vandalismus und umherliegender Müll wirken sich auf das umliegende Quartier insgesamt negativ aus.

Ich habe mich an den Berliner Finanzsenator Dr. Ullrich Nußbaum in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der ARWOBAU GmbH, die das Objekt in der Dessauerstraße verwaltet, gewandt. In dem Schreiben habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass die Stadt Wolfsburg schon seit längerem mit der ARWOBAU über einen Rückbau der zum Teil 14.-geschossigen Häuser verhandelt, aber bisher noch keine Ergebnisse dabei erzielt wurden. Die Senatsverwaltung hat in einem Schreiben an mich erklärt, dass die ARWOBAU nun eine Kostenberechnung für den Rückbau der Hochhäuser auf vier bis fünf Geschosse erstellt und diese auch der Stadt Wolfsburg zugeleitet hat. Damit kann die Stadt in Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen treten, um Fördermittel im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ für die nötigen Umbaumaßnahmen zu beantragen. Der Ball liegt jetzt im Spielfeld des Landes Niedersachsen. Nach meinem Kontakt mit Dr. Nußbaum gehe ich davon aus, dass schon in diesem Jahr mit dem Rückbau in Westhagen begonnen werden kann, wenn das Land sich schnell entscheidet.

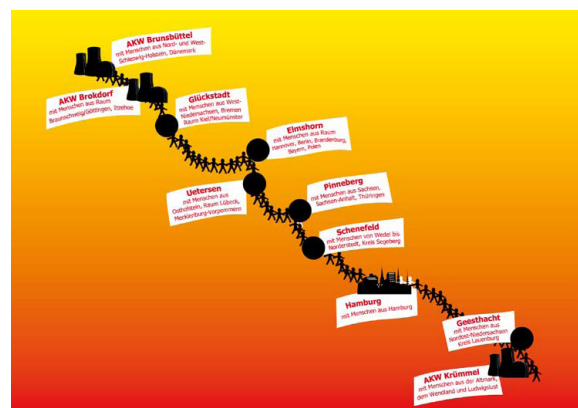
Ich werde zusammen mit den Genossinnen und Genossen vor Ort darauf achten, dass schnell eine Verbesserung der Situation an der Dessauerstraße gelingt. Das Land muss seiner Verantwortung gerecht werden und seinen Teil dazu beitragen, dass Westhagen weiterhin ein lebens- und liebenswerter Stadtteil bleibt. Ich unterstütze deshalb auch die Forderungen der SPD-Ratsfraktion nach der Wiedereröffnung des Aktivspielplatzes, denn der Rückbau alleine reicht nicht aus!

## KettenreAktion

Menschenkette für Atomausstieg

Reihen Sie sich ein: Am 24. April 2010 findet ein bundesweiter Anti-AKW-Aktionstag statt. Die zentrale Aktion ist eine 120 Kilometer lange Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel. Die Kette soll sich in der Zeit von 14.30 Uhr bis 15.00 Uhr schließen und ein unübersehbares Zeichen gegen den Wiedereinstieg in die Hochrisiko-Technologie Atomkraft sein.

Wir wollen die veralteten Reaktoren nicht länger laufen lassen. Sie produzieren noch mehr hochradioaktiven Müll, für den es weltweit keine sicheren Endlager gibt. Statt auf Dinosauriertechnologie zu setzen sollten wir Alternativen nutzen. Diese sind längst da. Die Zukunft ist erneuerbar und setzt sich zusammen aus Erneuerbaren Energie, Energiesparen und Energieeffizienz.



Zwei Tage vor dem Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl werden viele tausend Menschen zeigen, dass sie die Sicherheit der zukünftigen Generationen nicht durch einen Wiedereinstieg in die Atomkraft aufs Spiel setzen wollen.

Weitere Informationen zur Planung und Durchführung der Menschenkette finden Sie unter:

[www.anti-atom-kette.de](http://www.anti-atom-kette.de) oder unter

[www.zukunft-statt-atom.spd.de](http://www.zukunft-statt-atom.spd.de)